

Erscheint  
wöchentlich dreimal:  
Dienstag, Donnerstag  
und Samstag.

# Volkssblatt

Vierteljährlicher Preis:  
in der Expedition zu Pa-  
derborn 10  $\text{Sgr.}$ ; für Aus-  
wärtige portofrei  
12  $\frac{1}{2}$   $\text{Sgr.}$

Alle Postämter nehmen  
Bestellungen darauf an.

für  
**Stadt und Land.**

Insertionsgebühren  
für die Zeile 1 Silberg.

**N: 104.**

**Paderborn, 30. August**

**1849.**

## Uebersicht.

Bericht der Regierung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage.

Deutschland. Berlin (die Verfassungs-Kommission und ihre Arbeiten; v. Schaper); Giberfeld (Dr. Egen f.); Frankfurt (General Gierle); Vom Rhein (Verein aufgelöst); Heidelberg (Venedig kapitulirt); Mannheim (Heckerhüte); München (Zündnadelgewehre; Reformen zur Ersparrung im Staatshaushalte); Wien (Kriegsminister Giulay; Kossuth u.) Von der Donau (preussische Unterhandlung mit Hohenzollern); Hannover (Baiern schließt sich dem Dreikönigsbunde nicht an); Hamburg (die Berl. „Voss. Ztg.“; Petition der Hamburger); Schwerin (neues Ministerium); Flensburg (Ankunft der Gefangenen).

Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.)

Italien. Turin (Friedensbedingungen); Rom (der neue Aufstand befristet sich nicht; Gerücht von Mailand's Unterwerfung).

Vermischtes.

## Bericht der Regierung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage.

Berlin, 26. August. In der gestrigen (neunten) Sitzung der zweiten Kammer war der Bericht der Regierung über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage an der Tagesordnung. General v. Radomiz besteigt unter großer Spannung die Tribüne, und berichtet als königl. Regierungs-Commissar Folgendes:

Meine Herren! Durch die königliche Regierung sehe ich mich beauftragt, Ihnen Rechenschaft über das von ihr in den deutschen Angelegenheiten eingehaltene Verfahren abzulegen. Dies wird in der offensten und unumwundensten Weise geschehen: Preußen hat hierin nirgends das Tageslicht zu scheuen. Die Aktenstücke sind in Ihren Händen; ich werde die Gesichtspunkte darlegen, von denen die Regierung überall geleitet worden ist.

Wer die politischen Bewegungen, welche im vorigen Jahre ganz Mitteleuropa erschüttert haben, aufmerksam nach Ursprung und Verlauf verfolgt hat, der wird erkannt haben, daß das nationale Element zu den mächtigsten Triebfedern und Hebeln derselben gehört hat. Wo ein politischer Körper mehrere Nationalitäten umschloß, da trat die Tendenz hervor, diese Verbindung zu brechen. Hierin hatte der Zusammenstoß zwischen Dänen und Deutschen seinen Grund. Namentlich aber traten innerhalb der österreichischen Monarchie nationale Trennungsgelüste hervor. Wir durften jedoch mit Zuversicht erwarten, daß Oesterreich zuletzt siegreich und glänzend aus diesen Kämpfen hervorgehen werde. — Wo dagegen innerhalb der gleichen Nationalitäten eine Sonderung in verschiedenen Staaten bestand, da ging die Tendenz auf eine Verschmelzung dieser Staaten. Und so erhob sich besonders am Lauteften in Deutschland der Ruf nach Herstellung eines nationalen Gemeinwesens.

Nichts wäre voreiliger als allen Stimmen, die sich zu diesem Rufe vereinten, eine gleiche Berechtigung zu ertheilen. Was die demokratische Partei unter Deutschlands Einheit verstand, liegt jetzt klar am Tage. Aber auch sonst traten große Mißverständnisse und unmögliche Forderungen in dieser Angelegenheit hervor. Das nationale Element ist nicht das allein Entscheidende in dem Bildungsprozeß der Staaten, so daß nach Willkür fremde Nationalitäten sich ausscheiden durften, oder verwandte, welche einem andern Staatsgebiete angehören, zu beanspruchen wären. Ich spreche es hier offen aus, daß der Einheitsstaat in Deutschland überhaupt nicht zu erreichen ist, nicht wenn man ihn in der Form einer einheitlichen Monarchie zu begründen versucht hätte, nicht wenn die Partei des Umsturzes gestiegen hätte. Hätte eine Schreckensherrschaft selbst für den Augenblick eine einheitliche Republik hinzustellen vermocht, sie wäre doch in kurzer Frist wieder zerfallen.

Aber wenn diese trüben Bestandtheile abgezogen werden, so bleibt immer noch das wahrhaft Berechtigte und Mögliche, es bleibt jener ächte Kern, der das Streben nach nationaler Wie-

dergebur so mächtig gemacht hat. Und es muß eingestanden werden, daß hier früher Großes, ja Alles versäumt worden ist. Es ist bekannt, unter dem Einflusse welcher Wirkungen und Gegenwirkungen die Nation endlich nach den Zeiten der Fremdherrschaft in der Bundesacte eine neue Verfassung erhielt. Die rühmlichsten Bestrebungen wurden bei dem Zustandekommen derselben erstift, und die Thätigkeit der Bundes-Versammlung blieb stets eine unbedeutende — nichtig nach außen, völlig unzureichend nach innen. Wo es sich auch nur um die Verhältnisse einzelner Bundesglieder zu einander, oder um Streitigkeiten zwischen Ständen und Regierung in einem Einzelstaate handelte, da ergaben sich sogleich Kompetenzkonflikte, an denen jede Einwirkung scheiterte, so daß der Bundestag sich nur Schaden und Spott zuzog. Noch weniger genügend aber war seine Thätigkeit, mo es sich um die in der Bundesacte verheißenen positiven Schöpfungen handelte. Die Artikel derselben, welche über einen bloß völkerrechtlichen Verein hinausgingen, werden nie erfüllt, die Macht der Partikularinteressen war hier nie zu überwinden. Kummer und Unmuth bemächtigte sich selbst derjenigen, die durch ihre Stellung zur Theilnahme an den nutz- und würdelosen Beschäftigungen des Bundestages in den letzten Jahren berufen waren. Er fiel stichtlich immer mehr der allgemeinen Verachtung anheim.

Diese Gefühle waren keinesweges bloß in der revolutionären Partei lebendig, sie schlugen tiefe Wurzel auch bei den Bestgesinnten. Niemand kann sich darüber täuschen: soll und muß die Revolution beendet werden, und zwar nicht bloß durch Gegenrevolution, durch gewaltames Niederhalten der strebenden Kräfte, so ist die Aufrichtung einer politischen Ordnung, welche die Einheit der Nation unter möglichen und berechtigten Bedingungen verwirklicht, die erste und oberste Forderung. (Lebhafter Beifall links.)

Die königliche Regierung hat daher diese ganze Angelegenheit stets in die ernsteste Erwägung gezogen. Es boten sich im vorigen Jahre mehrere Möglichkeiten, und zwar zunächst die Bildung eines Bundesstaates auf dem Wege diktatorischer Entscheidung. So faßte die Versammlung zu Frankfurt a/M. ihren Verus auf. Was von dieser denkwürdigen Versammlung angestrebt wurde, darüber wird die Zukunft unbefangener urtheilen, als es jetzt von verschiedenen Seiten her geschieht. Sie wird den damaligen Gesamtzustand Deutschland in Rechnung ziehen; sie wird nicht bloß das würdigen, was sie für Deutschland gethan, sondern auch das, was sie von ihm abgewehrt hat (Bravo.) Dennoch darf man ihre Fehler nicht verschweigen. Sie hat den Bundesstaat in einer Weise aufgefaßt, wie er in den faktischen Verhältnissen nicht begründet ist, sie hat mehr einen Einheitsstaat, als jenen Staatenstaat schaffen wollen, den Deutschland allein zuläßt. Dies würde nur durch Terrorismus zu erreichen gewesen sein, durch Umwälzungen, welche die achtbare und patriotische Mehrheit der Versammlung selbst von sich wies. Ihre ganze Stellung forderte sie zur Vereinbarung mit den Regierungen auf, ohne welche nur ein Zerstoren, nicht ein Aufbauen möglich war. Es trifft jene Mehrheit dagegen der gerechte Vorwurf der Transaktion mit ihren politischen Gegnern, welche der Verfassung vom 28. März einen so überwiegend demokratischen Charakter verlieh.

Umsonst bot die Regierung in ihren Noten vom Januar und Februar Alles auf, um zur Vereinbarung zu gelangen. Die Nationalversammlung erklärte, auf Abänderungen nicht einzugehen, es handelte sich also nur um einfache Unterwerfung. Konnte dies die Regierung? Sie konnte es nicht. Sie würde Preußen geopfert, seine Geschichte aufgegeben, die ganze Selbstständigkeit seines Haushalts aufgehoben haben. Sie würde in einen unvermeidlichen Konflikt mit Oesterreich gerathen sein und An schreien des Unrecht gegen die kleinen Staaten begangen haben. Sehen Sie nach Stuttgart und Dresden. Sollte das, was dort geschah, um die Fürsten